

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4508. — **Postkontonummer** Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 13893. — **Verlag in Leipzig:**  
Tauscher Straße 19/21 — Telefon 4598

**Inseratenpreis:** Die 7 gespaltene Kolonellselle oder deren Raum 1.00 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. **Reklame-Kolonellselle** 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluss der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Politische Verhandlungen in Berlin.

Berlin, 27. September. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern nachmittags fand zwischen dem Reichskanzler Wirth und dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Stresemann, eine Aussprache über allgemeine politische Fragen statt. Am Mittwoch wird der Reichskanzler, wie der Vorwärts erfährt, die erwartete politische Rede im Reichstag halten. Verhandlungen über die Kabinetts-umbildung von Bedeutung sind in der gestrigen interfraktionellen Besprechung nicht erfolgt. Zwischen den Anschauungen der Mehrheitssozialdemokratie und der Deutschen Volkspartei bestehen in wichtigen wirtschaftlichen und politischen Fragen noch Differenzen, deren Beseitigung nach dem Berliner Tageblatt erhebliche Schwierigkeiten bietet. Einer der Hauptgegenstände liegt in der Beurteilung der Steuerfragen. In parlamentarischen Kreisen meint man, daß die Umbildung des Kabinetts in Preußen der Reichsregierung vorangehen dürfte und voraussichtlich vollkommen getrennt von dieser behandelt werden wird. Die Fraktionen des preussischen Landtages treten in ihrer Mehrzahl heute zusammen. Morgen wird wahrscheinlich im preussischen Landtag eine interfraktionelle Besprechung stattfinden.

## Die Verhandlungen zwischen Bayern und dem Reiche.

München, 26. September. (U.) Amlich wird gemeldet: Das Ergebnis der zwischen der bayerischen Staatsregierung und der Reichsregierung gepflogenen Verhandlungen über den Erlaß der Reichsregierung vom 20. August und über die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern wird am Dienstag nachmittags Gegenstand der Beratungen im Verfassungsausschuß des Landtages sein. Am der verfassungsmäßigen Entscheidung des Landtages nicht vorzugreifen, wurde bisher von einer Veröffentlichung des Wortlauts der Abmachungen Abstand genommen. Bedauerlicherweise ist durch eine Indiskretion eine unrichtige Darstellung erfolgt und der Eindruck erweckt worden, als ob nach den jetzt getroffenen Vereinbarungen der Reichsminister des Innern selbständig eine Verfügung treffen könnte, und die Landesregierung lediglich das Recht der Beschwerde beim Auswärtigen Ausschuss haben sollten. Das ist falsch. Im Gegenteil ist tatsächlich vereinbart worden, daß die Landeszentralbehörden das Recht zur Erlassung von Verboten haben sollen und dem Reichsminister des Innern ist dabei das Recht eingeräumt worden, an die Landeszentralbehörden ein Ersuchen um Aufhebung von Verboten und Begründungen zu richten. Wenn die Landeszentralbehörden diesem Ersuchen nicht Folge leisten, dann trifft der Reichsratsausschuß eine schiedsrichterliche Entscheidung.

## Dr. Heim und Dr. Wirth.

Stuttgart, 27. September. Der Führer der Bayerischen Volkspartei, Dr. Heim, ist am Sonntag abend nach Berlin gereist, wohin ihn der Reichskanzler zu einer Besprechung eingeladen hatte.

Glaubt etwa Dr. Wirth den rebellierenden Bauernführer durch persönliche Vorstellungen zur Vernunft zu bringen? Da dürfte er die Avantgarde Dr. Kahrs doch falsch eingeschätzt haben.

## Der Bericht Rathenaus.

Berlin, 27. September. Am Montagvormittag fand eine Versammlung des interfraktionellen Ausschusses des Reichstags statt, in der in Gegenwart des Reichswirtschaftsministers Wiederbaumministers Dr. Rathenau über das Wiesbadener Abkommen referiert wurde. Heute beginnen die Beratungen über dasselbe.

Die nächste Konferenz zwischen Rathenau und Vongehr soll zwischen dem 5. und 8. Oktober stattfinden.

## Das politische Geschäft der Besitzenden.

Berlin, 27. September. (Eigene Drahtmeldung.) Auf Einladung des Reichskanzlers erörterten gestern führende Vertreter der deutschen Landwirtschaft und landwirtschaftlichen Großorganisationen in der Reichskanzlei die Möglichkeit einer Unterstützung der von der Industrie und den Banken geplanten Aktion für die Reparationsverpflichtungen. Die Erörterungen hatten den Charakter einer Vorgesprache. Bindende Zusagen können erst gemacht werden, wenn die Vertreter der Landwirtschaft sich mit ihren Organisationen ins Einvernehmen gesetzt haben.

## Das Verbot des USP.-Organs in München aufgehoben.

München, 27. September. (Eigene Drahtmeldung.) Auf Veranlassung des bayerischen Ministers des Innern teilte Herr Polizeipräsident Pöhner dem Verlag unseres Münchner Parteiblattes mit, daß das Verbot der Münchner Morgenpost mit Wirkung vom 26. September ab aufgehoben ist. Von der Redaktion der Münchner Morgenpost erfährt unser Münchner Korrespondent, daß das Blatt ab 1. Oktober wieder erscheint und zwar in stärkerem Umfang als bisher. Vorbereitungen für den weiteren Ausbau des Blattes sind im Gange. Von einer Aufhebung des Verbotes gegen die Berliner Freiheit im Gebiet des Staatskommissars für München-Stadt und Land ist bisher noch nichts bekannt geworden.

## Ein rechtssozialistisches Verwirrungsmanöver.

Durch die rechtssozialistische Presse geht eine Notiz, in der behauptet wird,

„daß selbst einflussreiche Führer der USPD. von der Taktik, die der Parteivorstand in Görtlich einschlagen wollte, unterrichtet waren und sich mit dieser Taktik voll und ganz einverstanden erklärten.“

Zentralkomitee und Reichstagsfraktion der USPD. haben zu dieser Zeitungsmitteilung Stellung genommen. Wir erklären, daß diese rechtssozialistische Behauptung eine triviale Erfindung ist.

Zentralkomitee und Reichstagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der rechtssozialistischen Führerschaft scheint vor den Geistern, die sie gerufen, bange zu werden. Sie verspürt, daß die Ueberumpelung des Parteitag noch nicht ohne weiteres die Ueberumpelung der Partei und noch viel weniger der Arbeiterschaft bedeutet. Und so sucht sie den aufsteigenden Anwillen durch die Erzählung von dem Einverständnis „einflussreicher Führer der USPD.“ mit der Schwärzung zur Volkspartei zu befähigen. Diese Erzählung ist anscheinend auch in Görtlich schon zur Beruhigung von Delegierten verwendet worden, die ob der Rückwirkung des Beschlusses auf die Einigungsbewegung Bedenken hatten. Man konnte nämlich in Görtlich von diesem angeblichen Einverständnis nichts hören.

Nicht mindere Sorge als die Aufnahme des Görtlicher Beschlusses in der Arbeiterschaft macht den Rechtssozialisten auch seine Wirkung auf die Volkspartei. Immer wieder muß der Vorwärts sich gegen den Versuch der Stresemänner wenden, den Kanzler Wirth zu stürzen. Heute äußert sich das rechtssozialistische Zentralkomitee also: „Ob eine Verbreiterung des Kabinetts zustande kommt, ist noch ganz ungewiß. Auf einen Krieg gegen Dr. Wirth lassen wir uns nicht ein. Eine Verbreiterung des Kabinetts kommt nur dann in Betracht, wenn die bisherige Politik des Kabinetts Wirth dadurch gestärkt, nicht aber dadurch geschwächt und nach rechts abgelenkt wird.“

Die Rechtssozialisten haben bereits die Politik des Kabinetts Wirth geschwächt. Daß durch die Aufnahme der Deutschen Volkspartei in die Regierung diese gestärkt und nicht nach rechts abgelenkt werden könnte, das wird der Vorwärts selbst seinen gläubigsten Lesern nicht einreden können.

## Der Kampf gegen die Reaktion.

Vorschläge und Maßnahmen der USPD.

Zur Information der Parteigenossen über diese Frage wird uns vom Zentralkomitee unserer Partei mitgeteilt:

Das Zentralkomitee hat alles getan, die Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Aktion gegen die Reaktion zu fördern. In unserm Aufruf vom 28. August haben wir ferner Forderungen formuliert zur Säuberung der Verwaltung, der Justiz und der Reichswehr von reaktionären Elementen. Sowohl gegenüber der Reichsregierung, wie besonders gegenüber der Parteileitung der Rechtssozialisten haben wir sofort geschlechte Schutzmaßnahmen in diesem Sinne für notwendig erklärt. Wir haben der rechtssozialistischen Parteileitung schon Anfang September schriftlich fixierte dahingehende Vorschläge unterbreitet und sie gebeten, mit uns darüber zu gemeinsamen Beratungen zusammenzutreten. Die rechtssozialistische Parteileitung hat sich dazu bereit erklärt, ist aber bisher aus Anlaß des Görtlicher Parteitages nicht dazu gekommen. Unsere Reichstagsfraktion hat auf unsere Veranlassung außerdem eine Interpellation über das Treiben der Reaktion und ihre Unterstützung durch amtliche Stellen im Reichstage eingebracht, die in der nächsten Woche zur Verhandlung kommen wird.

## Ein Attentat auf Pilsudsky.

Lemberg, 26. September. (U.) Als der Staatschef Pilsudsky am Sonntagabend um neun Uhr in Begleitung des Statthalters Grabowski von den Feierlichkeiten anlässlich der Eröffnung der Lemberger Messe im Rathaus zurückkehrte, gab ein junger Mann mehrere Revolverkugeln gegen das Automobil des Präsidenten ab. Passanten packten den Attentäter und schlugen ihm die Waffe aus der Hand, wobei er durch eine weitere Kugel selbst verletzt wurde. Pilsudsky blieb unverletzt; dagegen wurde Grabowski von den Kugeln getroffen und durch Glassplitter am Arm verletzt. Der Attentäter wurde als der Sohn des Lemberger Advokaten Fedak festgestellt. Er ist Ukrainer und gab an, daß seine Schüsse nur gegen den Statthalter gerichtet gewesen seien.

## Vom Zerfall der kommunistischen Partei.

Berlin, 27. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die Abgeordneten Däumig und Adolf Hoffmann sind aus der kommunistischen Reichstagsfraktion ausgetreten.

## Die Kapitulation von Görtlich.

Von Hans Bloch.  
II.

Am stärksten trat die mangelnde geistige Selbständigkeit bei der Programmberatung hervor. Nicht deswegen, weil die eigentlichen Beratungen sich im Schoße einer Kommission vollzogen. Das wird niemals zu vermeiden sein. Aber der schwächliche Beistand, den die Opponenten Ströbel und Martwald im Plenum erhielten, ist charakteristisch. Bei der Abstimmung hat sich allerdings wohl der größere Teil der Opposition der Stimme enthalten oder für den Entwurf gestimmt, unter dem Eindruck der Aufforderung Löbes, dem neuen Programm doch möglichst durch einstimmige Annahme die nötige Autorität zu geben. Das kann man ja allenfalls verstehen. Aber der Umstand, daß nur eine geringe Minderheit für eine längere Redezeit Ströbels eintrat, daß kein ernstlicher Versuch zur Abänderung des Entwurfs im Plenum gemacht wurde, der verhältnismäßig schwache Beifall, den Ströbel fand, das alles steht doch in einem so auffälligen Mißverhältnis zu der lauten Opposition, die der Programmentwurf in der rechtssozialistischen Presse und in den Organisationen gefunden hatte, daß man ihn nur aus der Unselbständigkeit der Opposition erklären kann.

Daran ändert auch nicht viel, daß dem Plenum ein neuer Entwurf vorlag, denn von ihm gilt im wesentlichen dasselbe, was schon von den beiden ersten Entwürfen die Kritik gesagt hatte. An dem Geiste des Programms ist nichts geändert worden — nur die Form ist krasser und flüssiger gefaßt und die praktischen Forderungen des zweiten Teils sind durch Fortlassungen großer Stücke mehr komprimiert worden. Eduard Bernstein hat freilich behauptet, daß dieses Programm den Marxismus nicht aufbehalte. Aber das ist doch nur in seiner weitestgehenden Auslegung richtig. Den Gedanken der geschmackvollen Entwicklung zum Sozialismus, der die Stärke der sozialdemokratischen Weltanschauung ausmacht, der dem Proletariat in allen Lagen, auch in Trübsal von Rückschlägen und Niederlagen, die feste Siegeszuversicht erhielt, ohne daß es barock sich dem flachen Mißverständnis hingab, der Sozialismus komme von selber, und lähmendem Fatalismus verfiel, diesen Gedanken hat das neue Programm völlig aufgegeben. Annap, daß es den Klassenkampf noch als geschichtliche Notwendigkeit anerkennt. Von seiner Rolle als Befreier der gesamten Menschheit, von der Erkenntnis, daß die Erlösung auch der nicht dem Proletariat direkt angehörenden Klassen nur durch den Befreiungskampf des Proletariats erreicht werden kann, ist schon nicht mehr die Rede. Der Klassenkampf steht da als eine isolierte Aktion der Arbeiterschaft für ihre alleinigen Interessen. Ueber die wirtschaftliche Entwicklung erlaubt sich das Programm keinerlei Andeutung. Einworts starrer Standpunkt, den er in der von ihm geleiteten Neuen Zeit des öfteren niedergelegt hat, daß über die Richtung dieser Entwicklung zur Zeit nichts Bestimmtes anzufagen sei, ist von der gesamten Partei aufgenommen worden. Die Rechtssozialisten trauen sich also nicht, zu entscheiden. — In einer Zeit, da die Kapitalkonzentration in der ganzen Welt stärker denn je sich bemerkbar macht —, ob Marx mit seiner Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung zum Sozialismus recht behält. Mehrfach wurde in der Debatte erklärt, daß die Voraussetzungen des Erfurter Programms vom Untergang des Kleinbetriebes nicht eingetroffen sei. Man greift sich an den Kopf, wenn man dergleichen hört; denn der groben Auffassung, daß der letzte Kleinhandwerker zum Fabrikarbeiter gemacht sein müsse, damit diese Voraussage als erfüllt gelten könne, ist doch schon längst schon 1801 bei der Abfassung des Erfurter Programms kein vernünftiger Sozialdemokrat gewesen. Und daß seitdem die Bedeutung des Kleinbetriebes für die Volkswirtschaft ständig abgenommen hat; und die des Großbetriebes in noch viel gewaltigerem Maße gewachsen ist, das vermag doch sicherlich kein denkender Beobachter des wirtschaftlichen Lebens zu bestreiten. Die Rechtssozialisten werden es auch nicht können. Wenn sie gerade hier der Konstatierung der Wirklichkeit ausweichen, so nur aus der Angst heraus, es mit dem Kleinbürgertum zu verderben. Sie wollen ja jetzt die Partei aller Schaffenden zu werden, und deshalb darf in ihrem Programm die Arbeiterschaft nicht mehr so stark in den Vordergrund treten, wie das im Erfurter Programm der Fall ist. Die Sozialdemokratie hat freilich auch in der Vergangenheit niemals allein die Interessen der Arbeiter vertreten, sondern sich stets aller Unterdrückten und Ausgebeuteten angenommen. Aber sie hat dabei niemals in den nichtproletarischen Schichten Illusionen über den Umfang der Hilfe zu erwecken versucht, die ihnen in der kapitalistischen Gesellschaft zuteil werden kann. Sie hat ihnen nie versprochen, die wirtschaftliche Entwicklung zu ihren Gunsten aufzuhalten oder rückwärts zu revidieren, und sie hat niemals die Klarheit des Erkenntnis vermisst, daß die Verwirklichung des Sozialismus das Wort der Arbeiterklasse sein wird, weil diese durch ihre wirtschaftliche Lage mit Notwendigkeit zum Träger dieses Kampfes gemacht wird. Diese grundlegen-